

# London bleibt Beweise schuldig

## Kritische Fragen auch in Großbritannien zur angeblichen russischen Spur im Fall Skripal

Von Jochen Wittmann  
und Alexei Makartsev

**London/Moskau.** Die britische Regierung bleibt bei ihrer Einschätzung, dass hinter dem Giftanschlag auf den ehemaligen russischen Doppelagenten Sergej Skripal und seiner Tochter Julia nur Russland stecken kann. „Russland ist verantwortlich für diesen dreisten und rücksichtslosen Akt“, sagte am Mittwoch ein Regierungssprecher in London. „Wie die internationale Gemein-

### „Dreister und rücksichtsloser Akt“

schaft vereinbart hat, gibt es keine andere plausible Erklärung.“

Premierministerin Theresa May reagiert damit auf eine überraschende Intervention ihres leitenden Chemiewaffenexperten. Gary Aitkenhead ist Chef von Porton Down, dem renommierten Zentrum für Chemie- und Biowaffenforschung. Der Labordirektor hatte am Dienstag in einem Fernsehinterview erklärt, dass seine Mitarbeiter das im englischen Salisbury verwendete Nervengift als Nowitschok identifiziert hätten. Man sei überzeugt, dass der Kampfstoff in einem staatlichen Labor hergestellt sein müsse, habe aber keine Erkenntnisse zu seinem Ursprung. „Wir konnten“, räumte Aitkenhead offen ein, „die präzise Quelle nicht identifizieren“.

Kein Wunder, dass die russische Botschaft in London darauf mit großer Genugtuung reagierte. „Das beweist“, hieß es in einem Statement, „dass alle politischen Erklärungen über den russischen Ursprung dieses Verbrechens nichts anderes sind als Annahmen, die nicht auf

objektiven Fakten oder dem Verlauf der Ermittlungen beruhen.“

Bröckelt nun die Allianz, die Großbritannien in der Skripal-Affäre schmieden konnte und die zu der Ausweisung vieler russischer Diplomaten in EU- und Nato-Ländern geführt hat? Das britische Außenministerium bemühte sich jedenfalls schleunigst um Schadensbegrenzung. Dass es sich bei dem Gift um Nowitschok handelt, ließ man verlauten, sei nur einer von vier Faktoren des „geheimdienstlichen Erkenntnisbilds“. Man wisse außerdem, dass Russland chemische Kampfstoffe entwickelt und gelagert habe, dass es eine Reihe von russischen Mordversuchen im Ausland gebe und dass ehemalige russische Geheimdienstmitarbeiter vom Kreml als legitime Angriffsziele betrachtet würden. Allerdings ließ Theresa May

bislang die Frage unbeantwortet, auf welche konkreten Erkenntnisse sie ihre schweren Anschuldigungen stützt.

Zu der Kritik aus Moskau am Verhalten der Briten gesellen sich nun frische Zweifel an der Beweislage, die ein verschwundener Tweet des Außenministeriums am Mittwoch noch weiter genährt hat. Die Behörde gab am 22. März im sozialen Netzwerk Twitter bekannt, dass Nowitschok nach Einschätzung der Experten von Porton Down „in Russland produziert“ worden sei. Diese Äußerung wurde jedoch offenbar nach Aitkenheads Interview wieder gelöscht. Daraufhin warf die Opposition in Westminster der Regierung vor, die Öffentlichkeit falsch informiert zu haben. Am Mittwoch griff Labour-Chef Jeremy Corbyn den Außenminister Boris Johnson direkt an. Corbyn bezichtigte den

Tory-Politiker der Lüge und Inkompetenz, weil dieser in einem Interview mit der Deutschen Welle im März gesagt hatte, seine Gesprächspartner in Porton Down seien „absolut sicher“, dass Russland hinter dem Anschlag stecke. Bei einem hitzigen verbalen Schlagabtausch im Parlament warf Johnson dem Oppositionschef vor, eine „gemeinsame Sache mit Russland zu machen“.

Die Regierung in Moskau fordert von Großbritannien Beweise und protestiert gegen die Weigerung Londons, russische

### Moskau wartet auf eine Entschuldigung

Experten in die internationalen Ermittlungen einzubeziehen. Sollte es dabei bleiben, würde man die Untersuchungsergebnisse nicht akzeptieren, stellte am Mittwoch Russlands Vertreter in der Organisation für ein Verbot der Chemiewaffen (OPCW) klar. „Der Schwachsinn geht zu weit“, sagte der Pressesprecher des Kreml, Dmitrij Peskow. „Die britische Theorie wird sich in jedem Fall nicht bestätigen, weil es unmöglich ist. Russland hat von Anfang an gesagt, dass es nicht beteiligt war“. Peskow forderte nach Aitkenheads Äußerungen eine Entschuldigung Londons.

Russische Experten halten an der Aussage fest, das Nervengift stamme aus dem Westen. Nowitschok hätte problemlos in Porton Down hergestellt werden können, sagte am Mittwoch in einem Interview der frühere Vize-Generalsekretär der Vereinten Nationen, Sergej Ordschonikidze: „Es kommt jedenfalls nicht aus Russland. Wir haben unter internationaler Aufsicht unsere chemischen Waffen vernichtet.“



DER STREIT ESKALIERT: Vor der Organisation für ein Verbot von Chemiewaffen (OPCW) in Den Haag überzogen sich London und Moskau mit neuen Vorwürfen. Foto: dpa

## Experte schließt Kriminelle aus

**London (dpa).** Im Fall Skripal kann nach Ansicht eines deutschen Chemiewaffen-Experten nur ein staatliches Labor die Quelle für das Nervengift sein. „Ich bin sicher, dass das Gift aus einem Labor kommt, das Bestandteil eines staatlichen Programms ist und Erfahrungen mit solchen Substanzen hat“, sagte am Mittwoch der Chemiker und Toxikologe Ralf Trapp.

Trapp (Foto: dpa) schließt Labors von Terror-Organisationen oder kriminellen Banden aus. „Es braucht einen Grad von Erfahrung im Umgang mit diesen Stoffen und eine Kenntnis der dahinter stehenden Chemie.“ Infrage kämen



Ralf Trapp

einerseits Labors, die sich – wie die staatlichen Einrichtungen in der Sowjetunion und in Russland – mit der Entwicklung solcher Stoffe befasst hätten.

Fähig zur Produktion des Nowitschok-Giftes seien andererseits aber auch Einrichtungen, die zum Zwecke des Schutzes mit solchen Substanzen gearbeitet hätten. „Publiziert ist das zum Beispiel aus der ehemaligen Tschechoslowakei und aus dem Iran“, erklärt Trapp. Auch die militärische Forschungsanlage im britischen Porton Down zähle dazu.

Es sei nicht der erste Anschlag mit Nowitschok gewesen, erklärte der Experte. Anfang der 90er Jahre wurde seinen Angaben zufolge ein Banker in Russland vergiftet. Dessen Telefonhörer sei mit dem Stoff imprägniert gewesen, sagte Trapp, der als Berater unter anderem für die Organisation für ein Verbot von Chemiewaffen (OPCW) und die Vereinten Nationen arbeitete.